

התורה

UB Braunschweig 84

2859-459-8



Pl 1/2 5

2000 10 10

Dienstsanweisung

für die

Herrn

des

Herzogtums Braunschweig.

— x —

Braunschweig.

Buchdruckerei Hans Ceding, Wilhelmstraße 1.

1903.

§ 1.

Die Hebammen haben sich mit dem Inhalte der in Anlage A. der Anlage A aufgeführten gesetzlichen Bestimmungen bekannt zu machen und die darin für sie enthaltenen Vorschriften genau zu befolgen.

Bei Ausübung ihres Berufes haben sie sich genau nach den Vorschriften des Hebammenlehrbuches und der „Belehrung über Entstehung und Verhütung des Wochenbettfiebers und anderer durch Ansteckung entstehenden Krankheiten bei Schwangeren und Kreißenden, Wöchnerinnen und Neugeborenen für die Hebammen des Herzogtums Braunschweig“ zu richten und das Tagebuch nach dem vorgeschriebenen Muster sorgfältig zu führen, seine Spalten genau auszufüllen, beziehungsweise dasselbe den zugezogenen Ärzten zur Ausfüllung vorzulegen. Nach Ablauf jedes Jahres haben sie die Tagebücher und zwar bis zum 1. Februar abzuschließen und bis zum 15. Februar an den ihnen vorgesetzten Physikus einzusenden.

§ 2.

Sie haben einen nüchternen, ehrsamten, gottesfürchtigen Lebenswandel zu führen.

§ 3.

Sie haben bei ihrem Berufe allen denen, welche ihre Hülfe verlangen, ohne Ansehen der Person, mit Freundlichkeit, Bescheidenheit, Sanftmut, Ausdauer und Behutsamkeit nach allen ihren Kräften zu dienen.

§ 4.

Gegen andere Hebammen haben sie sich friedlich und verträglich zu bezeigen und auf keine Weise deren Ruf zu beeinträchtigen, oder sie aus ihrem Wirkungskreise zu verdrängen zu suchen. Werden mehrere Hebammen zu derselben Gebärenden oder demselben Dienste gerufen, so haben sie mit aller Bescheidenheit sich über das einzuschlagende Verfahren zu verständigen, und wenn das nicht gelingt, die Entscheidung einem Arzte oder Geburtshelfer zu überlassen.

§ 5.

Den zugezogenen Ärzten und Geburtshelfern gegenüber haben die Hebammen sich bescheiden zu benehmen und in jedem Teile ihres Berufes deren Anordnungen zu befolgen.

§ 6.

Das beim Unterrichte im Hebammen-Institute empfangene Lehrbuch und die „Belehrung über Entstehung und Verhütung des Wochenbettfiebers u.“ haben sie recht oft durchzulesen, damit sie beständig mit deren Inhalte vertraut bleiben.

§ 7.

Die Hebammen haben dafür zu sorgen, daß sie zu jeder Zeit, bei Tage und bei Nacht, ohne Aufenthalt zu denen gerufen werden können, welche ihre Hülfe verlangen. Verlassen sie ihre Wohnung, so haben sie daselbst Auskunft darüber zu hinterlassen, wo sie zu finden sind.

§ 8.

Sind sie durch Krankheit oder mehrtägige Abwesenheit verhindert, ihren Beruf auszuüben, so haben sie dies bei dem Physikus und bei dem betreffenden Gemeindevorstande zu melden.

§ 9.

Wird die Hülfe einer Hebamme von mehreren Schwangeren auf dieselbe Zeit verlangt, so hat sie sich stets ohne Ansehen der Person zu derjenigen zu begeben, welche sie zuerst gerufen, und ist verpflichtet, die übrigen von ihrer Behinderung in Kenntniß zu setzen.

§ 10.

Hat eine Hebamme den Dienst bei einer Gebärenden begonnen, so darf sie dieselbe ohne deren Einwilligung nicht vor Vollendung der Geburt und erst dann verlassen, wenn dieses ohne Gefahr für Mutter und Kind geschehen kann, selbst wenn sie noch so dringend zu einem anderen Dienste gerufen würde.

§ 11.

Die Hebammen haben mit peinlichster Gewissenhaftigkeit dafür zu sorgen, daß sie bei Ausübung ihres Berufes selbst einen reinen Körper, reine Bekleidung sowie reine Gerätschaften und Instrumente haben, wie es in der „Belehrung 2c.“ vorgeschrieben ist.

Besondere Rücksicht haben sie auf ihre Hände zu nehmen, damit diese nicht nur rein sind, sondern sich auch immer in einem für ihren Dienst geeigneten Zustande befinden. Sie haben daher alle Beschäftigungen und gröberen Arbeiten zu unterlassen, wodurch ihre Hände rauh, rissig, hart und steif werden, oder an Feinheit des Gefühls Schaden leiden könnten.

§ 12.

Die Hebammen haben sich über den Besitz der zu ihrem Berufe erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten, sowie über die gehörige Instanderhaltung der ihnen anvertrauten Instrumente und Apparate gegen den ihnen vorgesetzten Physikus, so oft solches von diesem verlangt wird, auszuweisen. Auf Anordnung Herzogl. Landes-Medizinalkollegiums haben sie sich gefallen zu lassen, behuf eines Nachkurses in das Hebammen-Institut berufen zu werden.

§ 13.

Der vorzüglichste Teil der Tätigkeit der Hebammen bezieht sich auf die Schwangerschaft, die Geburt

und das Wochenbett. Sie sollen in allen diesen Zuständen nach bestem Wissen und Gewissen Rat erteilen und Hülfe leisten. Sie haben sich hierbei streng an die Vorschriften zu halten, welche ihnen bei ihrem Lehrkursus im Hebammen-Institute mitgeteilt und welche auch in ihrem Lehrbuche und in der „Belehrung zc.“ enthalten sind. Sie haben dabei unter allen Verhältnissen mit der größten Wachsamkeit, Aufmerksamkeit, Ruhe und Schonung der Mutter und des Kindes zu verfahren und mit größter Sorgfalt die Vorschriften zur Verhütung von ansteckenden Krankheiten zu befolgen.

§ 14.

Die Hebammen haben sich der Anwendung innerer und äußerer Arzneimittel zu enthalten mit Ausnahme der Fälle, in welchen ihnen deren Anwendung im Lehrbuche bis zur Ankunft eines Geburtshelfers vorgeschrieben ist.

Sympathetische oder solche Mittel, welche auf Aberglauben beruhen, dürfen sie überall nicht anwenden, vielmehr haben sie vor deren Gebrauch zu warnen.

§ 15.

Bemerken die Hebammen bei Schwangeren, Gebärenden, Wöchnerinnen oder neugeborenen Kindern unregelmäßige Zustände, welche das Leben oder die Gesundheit der Mütter und Kinder gefährden könnten und zu deren Beseitigung ihr eigenes Wissen nicht ausreicht, oder stirbt eine Schwangere oder Gebärende, welche möglicherweise

noch ein lebendes oder lebensfähiges Kind bei sich haben könnte, oder wird ein Kind scheinot geboren, und bleiben Belebungsversuche fruchtlos, so sind sie verpflichtet, sofort ernstlich auf die Zuziehung eines Geburtshelfers zu dringen. Namentlich sind sie hierzu verbunden in allen den Fällen, in welchen das Lehrbuch solches vorschreibt.

§ 16.

Werden die Hebammen zu einer Schwangeren oder Gebärenden gerufen, welche an einer mutmaßlich ansteckenden, an den Geschlechtsteilen befindlichen oder von diesen ausgehenden Krankheit (Syphilis) leidet, so dürfen sie die Hülfe nur dann leisten, wenn sie keine Wunde oder auch nur geringe Hautverletzung an den Fingern und Händen haben, und müssen auch nach jeder Dienstleistung ihre Hände und Kleider aufs sorgfältigste reinigen. Zugleich haben sie die Zuziehung eines Geburtshelfers zu veranlassen, dessen weiteren Anordnungen dann Folge zu leisten ist.

Leidet eine Hebamme selbst an Syphilis, so muß sie ihre Tätigkeit als Hebamme so lange aufgeben, bis alle Zeichen der Krankheit verschwunden sind; sie darf ihre Berufstätigkeit erst wieder ausüben, wenn sie von dem betreffenden Physikus die Erlaubnis dazu nachgesucht und erhalten hat.

Die Hebammen sollen bei allen übrigen ansteckenden Krankheiten (Kindbettfieber, Rose,

Diphtheritis, Scharlach, Cholera, Menschenblattern, Karbunkel, Fleckfieber, Ruhr, Tripper, Schälblasen, Pest), an denen sie etwa selbst leiden, oder welche in ihrer Praxis vorkommen, nach den in der „Belehrung“ gegebenen Vorschriften verfahren.

§ 17.

Wird bei einer Geburt aus irgend einem Grunde ein Arzt oder Geburtshelfer zugezogen, so haben die Hebammen diesem gewissenhaft jede verlangte, auf den Geburtsfall bezügliche Mitteilung zu machen und dessen Anordnungen pünktlich zu befolgen, auch in dem Falle, daß sie selbst die Geburt bis zu Ende leiteten.

§ 18.

Ist ein neugeborenes Kind christlicher Eltern so schwach, daß dessen baldiger Tod zu befürchten steht, so haben die Hebammen dies den Eltern oder Angehörigen mit Schönmng zu melden, damit diese, wenn sie es wünschen, die Vornahme der Taufe noch durch den Prediger veranlassen können.

§ 19.

Die Hebammen werden beim Antritte ihres Dienstes von dem Prediger ihrer Gemeinde in der Nottaufe unterrichtet werden, und haben dieselbe auf den Wunsch der Eltern oder Angehörigen genau in der vorgeschriebenen Weise vorzunehmen, wenn der Prediger nicht mehr rechtzeitig erscheint.

In diesem Falle haben sie von der vorgenommenen Kottause, das Kind mag am Leben bleiben oder nicht, bei dem betreffenden Kirchenbuchführer Anzeige zu machen.

§ 20.

Die Hebammen sind in allem, was ihren Beruf betrifft, zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet und dürfen über das, was sie bei ihrem Dienste beobachten oder erfahren, ohne triftigen Grund nichts verlautbaren.

§ 21.

Dagegen sind sie aber verbunden, bei der betreffenden Ortspolizeibehörde — Polizeidirektion, Stadtpolizeibehörde, Gemeindevorsteher — Anzeige zu erstatten, wenn es ihnen bekannt wird, daß bei einer Schwangeren irgend welche Mittel zur Abtreibung der Frucht (wobei die Hebammen bei Vermeidung schwerer Strafe in keinem Falle behülflich sein dürfen) angewendet sind. Auch haben sie Anzeige zu machen, wenn sie zu dem Verdachte Grund haben, daß die Gesundheit und das Leben eines neugeborenen Kindes durch Fahrlässigkeit oder bösen Willen gefährdet wird, oder daß ein Kind auf solche Weise getötet ist.

Auch haben die Hebammen bei Ausübung ihres Berufes von den in ihrer Praxis vorkommenden plötzlichen Erkrankungen oder Todesfällen, die dem Verdacht einer begangenen strafbaren Handlung Raum lassen, binnen

12 Stunden, nachdem sie davon Kenntniss erlangt, dem Ortspolizeibeamten oder einem sonstigen Beamten der gerichtlichen Polizei Anzeige zu machen.

Sie haben endlich von den bei ihrer Berufsausübung ihnen bekannt werdenden Fällen gemeingefährlicher und anzeigepflichtiger Krankheiten (vergl. Anlage A Ziffer II und III) unverzüglich der betreffenden Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen und sich von dem ihnen vorgesetzten Physikus Anweisung darüber geben zu lassen, wie sie sich dem Ausbruche solcher Krankheit gegenüber weiter zu verhalten haben. Letzteres ist ganz besonders zu beachten beim Auftreten von Kindbettfieber bei einer Wöchnerin.

§ 22.

Desgleichen haben die Hebammen auf Verlangen vor Gericht gewissenhaft und vollständig Zeugnis über das abzulegen, was sie bei Ausübung ihres Dienstes beobachtet oder erfahren haben.

§ 23.

Die Hebammen haben bei Vermeidung gerichtlicher Bestrafung jeden Geburtsfall, bei dem sie zugegen gewesen sind, innerhalb einer Woche demjenigen Standesbeamten anzuzeigen, in dessen Bezirk die Niederkunft stattgefunden hat. Bei der Geburt eines ehelichen Kindes hat jedoch die Hebamme diese Verpflichtung nur, wenn ein ehelicher Vater des Kindes nicht vorhanden

oder wenn der eheliche Vater an der Erstattung der Anzeige verhindert ist.

Wenn ein Kind totgeboren oder in der Geburt verstorben ist, so hat die Anzeige beim Standesbeamten spätestens am nächstfolgenden Tage zu geschehen.

Totgeborene menschliche Leibesfrüchte, welche in ihrer Entwicklung den 6. Schwangerschaftsmonat nicht überschritten haben und deren Körperlänge weniger als 33 Zentimeter beträgt, sind zum Standesamtsregister nicht anzumelden.

§ 24.

Auch in Fällen, bei denen es sich nicht um eine Entbindung handelt, dürfen sie bei Personen weiblichen Geschlechts, insoweit dieses zur Schonung der Schamhaftigkeit erforderlich ist, solche leichte Operationen und Dienstleistungen, welche in anderen Fällen und bei Männern den Heilgehilfen übertragen sind, übernehmen. Hierher gehören namentlich das Setzen von Blutegeln, das Schröpfen, das Beibringen von Klistieren, Einspritzungen in die Harn- und Geschlechtsorgane, das Einführen des Katheters, Waschungen, Einreibungen, Bäder und dergl.

§ 25.

Doch dürfen die Hebammen alle die eben genannten Operationen und Dienstleistungen nur auf Anordnung eines Arztes übernehmen und in der Regel

nur bei solchen weiblichen Personen vornehmen, welche nicht an den im § 16 aufgeführten ansteckenden Krankheiten leiden. Ist ausnahmsweise eine Hebamme gezwungen, bei Kranken, welche an einer der bezeichneten Krankheiten leiden, Dienstleistungen zu verrichten, so hat dieselbe sich zu verhalten, wie es in den §§ 7, 8, 9, 10, 13 und 14 der „Belehrung“ vorgeschrieben ist.

§ 26.

Die Vergütungen, welche die Hebammen für ihre Bemühungen zu beanspruchen haben, sind durch die Gebührenordnung festgestellt, welche von Herzogl. Staatsministerium erlassen und im Auszuge in Anlage B Anlage B. zur Nachachtung beigelegt ist.

Vorstehende Dienstanweisung ist durch Verfügung Herzoglichen Staatsministeriums vom 10. August 1903 Nr. 3319 C genehmigt.

Braunschweig, den 19. September 1903.

Herzogliches Landes-Medizinalkollegium.
C. Langerfeldt.

Anlage A.

**I. Auszug aus dem Medizinalgesetze
vom 9. März 1903.**

§ 21.

Zu den in § 2 des Reichsgesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 und in § 7 Ziffer 7 und § 8 Ziffer 1 des Landesgesetzes, betr. die Bestrafung der Polizeiübertretungen, vom 23. März 1899 erwähnten Anzeigen sind neben den Ärzten auch alle übrigen, die Heilkunde ausübenden Personen verpflichtet.

Die Ortspolizeibehörden haben dafür zu sorgen, daß die Anzeigen mit tunlichster Beschleunigung dem Physikus zugehen.

§ 22.

Alle die Heilkunde ausübenden Personen haben nicht nur den allgemeinen gesundheitspolizeilichen Vorschriften, sondern bei Seuchengefahr auch den besonderen bezüglich Anordnungen des Physikus und der Orts- und Landespolizeibehörden Folge zu leisten.

Vor erfolgter Verfügung der Gerichtsbehörde die Sektion eines Leichnams oder überhaupt Handlungen an

einem Leichnam vorzunehmen, durch welche gerichtlich zu verfolgende Spuren einer strafbaren Handlung vernichtet oder unkenntlich gemacht werden könnten, ist verboten.

Die Hebammen.

§ 28.

Zur Ausübung des Hebammenberufs sind nur diejenigen weiblichen Personen befugt, welche vom Landes-Medizinalkollegium ein Zeugnis über die bestandene Hebammenprüfung und zugleich eine Bestallung als Hebamme für einen oder mehrere bestimmte Orte empfangen haben.

Personen, welche ein in einem anderen deutschen Bundesstaate erlangtes Prüfungszeugnis aufweisen, können von der Ablegung einer nochmaligen Prüfung durch das Landes-Medizinalkollegium befreit werden.

§ 29.

Die Berufung zum Hebammendienste erfolgt nach Bedarf und zwar auf einen von Physikus und von der Landespolizeibehörde zustimmend begutachteten und vom Landes-Medizinalkollegium genehmigten Antrag der Gemeindebehörde.

Weigert sich eine Gemeindebehörde, das Bedürfnis der Anstellung einer Hebamme anzuerkennen oder eine Anwärterin für eine zu besetzende Hebammenstelle zu benennen, so wird das Nötige vom Landes-Medizinalkollegium im Einvernehmen mit dem Physikus und der

Landespolizeibehörde verfügt. Die Verfügung ist anfechtbar mit einer Beschwerde beim Herzoglichen Staatsministerium.

Geeignet, zur Hebamme berufen zu werden, sind nur solche weibliche Personen, welche

1. mindestens das 21. Lebensjahr erreicht und in der Regel das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten haben;
2. für den Hebammendienst körperlich und geistig befähigt, insbesondere auch des Lesens und Schreibens kundig sind;
3. sich eines unbescholtenen Rufes erfreuen und volle Zuverlässigkeit besitzen.

§ 30.

Die Hebammen-Anwärterinnen werden in der Hebammen-Lehranstalt ausgebildet; ihre Aufnahme in die Anstalt wird nach Erledigung der erforderlichen Vorverhandlungen vom Landes-Medizinalkollegium verfügt.

Die Kosten der Ausbildung, sowie die der erforderlichen Ausrüstung der Hebammen werden mangels anderweiter Vereinbarung von der Gemeinde getragen, in deren Dienst die Hebamme eintreten soll, und nötigenfalls nach Festsetzung durch das Landes-Medizinalkollegium im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens eingezogen. Erstreckt sich der Dienstbezirk einer Hebamme über mehrere Gemeinden, so haben diese die entstehenden Kosten mangels anderweiter Vereinbarung nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer unter sich zu teilen.

§ 31.

Nach Beendigung des Lehrkursus werden die Hebammen vor dem Landes-Medizinalkollegium einer mündlichen Prüfung unterworfen, nach deren Bestehen mit einem Prüfungszeugnisse und einer Bestallungsurkunde versehen und auf die ihnen in einem Druckeremplare zuzufertigende, vom Landes-Medizinalkollegium mit Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums erlassene Dienstanweisung in Eid und Pflicht genommen.

§ 32.

Die Hebammen stehen unter der Aufsicht des Physikus. Dieser hat die Hebammen in ihrer Berufsausübung dauernd zu überwachen, sie mindestens alle zwei Jahre nach näherer Anweisung des Landes-Medizinalkollegiums einer besonderen Nachprüfung zu unterziehen und über deren Ergebnis an das Landes-Medizinalkollegium Bericht zu erstatten.

Stellen sich gelegentlich solcher Nachprüfung bei einer Hebamme wesentliche Mängel oder Lücken in ihrem berufsmäßigen Wissen und Können heraus, so wird sie durch Verfügung des Landes-Medizinalkollegiums behuf eines Nachkursus in die Hebammen-Lehranstalt einberufen. Wegen der Kosten, welche durch solchen Nachkursus erwachsen, gelten die Grundsätze des § 30 Abs. 2.

Einer Hebamme, welche durch eigene Erkrankung oder durch die Möglichkeit, eine Krankheit zu übertragen,

die sich ihr anvertrauenden Personen gefährdet, kann von dem zuständigen Physikus die Ausübung ihrer Berufstätigkeit für die Dauer des Bestehens jener Gefahr untersagt werden.

§ 33.

Hebammen werden vom Landes-Medizinalkollegium ihres Dienstes einstweilen enthoben oder unter Rücknahme des Prüfungszeugnisses dauernd entlassen, wenn sie

1. sich einem anstößigen Lebenswandel ergeben oder zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte gerichtlich verurteilt werden;
2. trotz wiederholter Ermahnung der Dienst-anweisung beharrlich zuwiderhandeln;
3. der Verfügung des Medizinalkollegiums, sich behuf eines für nötig erachteten Nachkurses in der Hebammen-Lehranstalt einzufinden, trotz wiederholter Aufforderung nicht nachkommen;
4. in ihrem berufsmäßigen Wissen und Können dauernd erhebliche Mängel und Lücken zeigen, welche auch durch einen Nachkursus nicht zu beseitigen sind;
5. durch Krankheit oder Altersgebrechen an der Ausübung ihres Berufs dauernd gehindert werden.

Die Entlassungs-Verfügung ist anfechtbar mit der Klage beim Verwaltungsgerichtshofe.

§ 34.

Die Gebühren, welche den Hebammen für ihre berufsmäßigen Leistungen nach der vom Herzoglichen Staatsministerium erlassenen Gebührenordnung zustehen, werden nötigenfalls von der Landespolizeibehörde festgestellt und zur Einziehung im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens überwiesen.

Fällt das Einziehungsverfahren fruchtlos aus, so ist der der Hebamme nach der Gebührenordnung zustehende Mindestbetrag aus der Ortsarmenkasse zu zahlen.

Die Hebammen haben Anspruch auf die vorschriftsmäßige Gebühr für jeden innerhalb ihres Dienstbezirks vorkommenden Entbindungsfall, auch wenn sie zu demselben nicht zugezogen sind, es sei denn, daß die Zuziehung einer auswärtigen Hebamme durch Abhaltung oder Behinderung der Ortshebamme veranlaßt, oder daß statt einer Hebamme ein Arzt zugezogen, oder daß die Entbindung ohne Hülfe einer Hebamme oder eines Arztes geschehen ist.

Straf- und Schlußbestimmungen.

§ 78.

4. Alle die Heilkunde ausübenden Personen, welche die im § 21 vorgeschriebenen Meldungen unterlassen, werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.
5. Übertretungen des § 22 werden, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen

schärfere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.

8. Wer ohne eine Bestallung des Landes-Medizinalkollegiums den Beruf einer Hebamme ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder im Unvermögensfalle mit Haft bestraft

II. Auszug aus dem Reichsgesetze, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900.

Anzeigepflicht.

§ 1.

Jede Erkrankung und jeder Todesfall an

Ausatz (Lepra), Cholera (asiatischer), Fleckfieber (Flecktyphus), Gelbfieber, Pest (orientalischer Beulenpest), Pocken (Blattern),

sowie jeder Fall, welcher den Verdacht einer dieser Krankheiten erweckt, ist der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde unverzüglich anzuzeigen.

Wechselt der Erkrankte den Aufenthaltsort, so ist dies unverzüglich bei der Polizeibehörde des bisherigen und des neuen Aufenthaltsorts zur Anzeige zu bringen.

§ 2.

Zur Anzeige sind verpflichtet:

1. der zugezogene Arzt,
2. der Haushaltungsvorstand,
3. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person,
4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat,
5. der Leichenschauer.

Die Verpflichtung der unter Nr. 2 bis 5 genannten Personen tritt nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

**III. Auszug aus dem Gesetze,
betreffend die Bestrafung der Polizeiübertretungen,
vom 23. März 1899.**

§ 7.

Allgemeine öffentliche Verpflichtungen.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft wird bestraft:

7. Wer bei Ausübung der Heilkunde oder Geburtshilfe von den in seiner Praxis, oder wer als Familienhaupt von den in seiner Familie vorkommenden plötzlichen Erkrankungs- oder

Todesfällen, die dem Verdachte einer begangenen strafbaren Handlung Raum lassen, nicht binnen 12 Stunden, nachdem er Kenntniß davon erlangt, dem Ortspolizeibeamten oder einem Beamten oder Hülfbeamten der Staatsanwaltschaft oder dem Amtsrichter Anzeige macht.

§ 8.

Krankheiten unter Menschen und Vieh.

Mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder mit Haft werden bestraft:

1. Familienhäupter, Haus- und Gastwirte, sowie die die Heilkunde ausübenden Personen, welche von den in ihrer Familie, ihrem Hause oder ihrer Praxis vorkommenden Fällen wichtiger und zugleich dem Gemeinwesen Gefahr drohender Krankheiten unter Menschen, als: Cholera, Pocken, Inphus, Raserei, Diphtheritis, Scharlach, Ruhr, Kindbettfieber, Trichinose, Milzbrand u. s. w. nicht binnen 12 Stunden, nachdem ihnen der Krankheitszustand bekannt geworden, der Ortspolizeibehörde Anzeige machen, wobei jedoch die erstgenannten Personen dann von Strafe frei bleiben, wenn binnen der oben bezeichneten Frist ein inländischer Arzt den Krankheitsfall in Behandlung genommen hat, welchem alsdann die Anzeige obliegt.

Anlage B.

Gebühren-Ordnung

für die

G e b a m m e n.

(Auszug aus der Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums
vom 5. April 1897 Nr. 14.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Den Hebammen stehen für ihre berufsmäßigen Leistungen Gebühren nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu.

§ 2.

Die niedrigsten Sätze gelangen zur Anwendung, wenn nachweisbar Unbemittelte oder Armenverbände die Verpflichteten sind. Sie finden ferner Anwendung, wenn die Zahlung aus Staatsfonds, aus den Mitteln einer milden Stiftung, einer Knappschafts- oder einer Arbeiterfrankencasse zu leisten ist, soweit nicht besondere Schwierigkeiten der Leistung oder das Maß des Zeitaufwandes einen höheren Satz rechtfertigen.

§ 3.

Im übrigen ist die Höhe der Gebühr innerhalb der festgesetzten Grenzen nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles, insbesondere nach der Beschaffenheit und Schwierigkeit der Leistung, der Vermögenslage des Zahlungspflichtigen, den örtlichen Verhältnissen u. s. w. zu bemessen.

§ 4.

Verrichtungen, für welche besondere Gebühren nicht ausgeworfen sind, sind nach Maßgabe derjenigen Sätze, welche für ähnliche Leistungen gewährt werden, zu vergüten.

II. Gebühren.

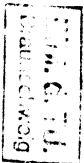
Eine Vergütung für Wege innerhalb des einer Hebamme zugewiesenen Wirkungskreises, mag dieser auch aus mehreren Ortschaften bestehen, findet nicht statt. Wird eine Hebamme zu einem Dienste in einem Orte außerhalb ihres Wirkungskreises gerufen, was nur ausnahmsweise geschehen darf, so unterliegt die Vergütung für die Reise ausschließlich der Vereinbarung der Beteiligten.

1. Für eine Untersuchung zur Feststellung der Schwangerschaft, einschließlich des etwa auszustellenden Zeugnisses 0,80 bis 2 Mk.

2. Für Ratschläge und Anordnungen zum Zwecke einer bevorstehenden Geburt 0,80 bis 2 Mk.
3. Für die gewöhnliche leichte Entbindung von einem Kinde 6 bis 14 Mk.
4. Für eine schwere, ungewöhnlich verzögerte Entbindung und für die Entbindung von mehreren Kindern
7 bis 18 Mk.
5. Für die Entbindung eines Abortus oder einer Mole
4 bis 10 Mk.

Ist eine Hebamme gezwungen, länger als 6 Stunden bei einer unzeitigen Geburt andauernd zu verweilen, so dürfen die Sätze unter Nr. 3 bezw. Nr. 4 berechnet werden.

6. Für jeden Besuch während der Zeit des Wochenbetts zur Besorgung der Mutter und des Kindes
0,50 bis 1 Mk.
7. Für jeden Besuch außer der Zeit des Wochenbetts zu einfachen, hier nicht besonders aufgeführten Dienstleistungen
a) bei Tage 0,50 bis 0,75 Mk.
b) bei Nacht 1 bis 2 Mk.
8. Für die Dienstleistung bei einem Bade
0,60 bis 1,20 Mk.
9. Für das Setzen eines Kliftiers oder für Einspritzungen in die Geburtsteile 0,60 bis 1,20 Mk.



10. Für die Applikation des Katheters, unter Berücksichtigung der Schwierigkeit . . . 1 bis 4 Mk.

Werden die unter Nr. 9 und Nr. 10 genannten Operationen an demselben oder den folgenden Tagen bei derselben Person mehrfach wiederholt, so darf für die folgenden nur die Hälfte des Satzes berechnet werden, für längere Zeiträume nur ein Drittel.

11. Für das Setzen von Blutegeln und Beobachtung der Nachblutung 1 bis 2 Mk.

12. Für die Applikation trockener oder blutiger Schröpfköpfe, ohne Rücksicht auf die Anzahl derselben
1 bis 2 Mk.



2050458